

hundertfach mehr. — Nur möglichst wirtschaftlichen Aus-  
weitung und landwirtschaftlichen Werten sollen die durch-  
siedelten Weideflächen dabei abgedeckt werden, doch bei  
der Förderung von landwirtschaftlichen Werten in jedem  
Falle muss ein landwirtschaftliches Gewerbehandels ge-  
hört müssen.

— **Wegfall der Todesstrafe?** In verschiedenen  
Gesetzgebungen, so in Dresden, Chemnitz, Schwerin  
und in vielen Kreis Landesverbänden vorgenommen, dieses Pro-  
jekte wird leider in Ansicht, deren Bedeutung als eine  
Gesetzesänderung des Reichs betrachtet werden muss. Da-  
zu schreibt der Dresdner Anzeiger: Nach der politischen Um-  
widlung sind aber hinsichtlich der Behandlung der Todes-  
strafe Veränderungen eingetreten, denn die Sozialdemo-  
kratie ist bestimmt gegen die Bestrafung mit dem Tode. Sie steht auf dem Standpunkt, dass auch dem schwersten  
Verbrecher der Weg zur Besserung nicht durch die Todes-  
strafe abgeschafft werden darf. Da nun aber das heutige  
Strategiebuch aus dem früheren Regime noch in Kraft  
ist, so kann die Verhängung der Todesstrafe bei Wurf nicht  
eine weiteres abgewendet werden. Es muss das durch  
eine Erlassanordnung geschaffen. Dieses Recht kann jedoch  
nur dem Landesfürsten zu. Daselbe ist aber jetzt mit  
den anderen Funktionen auf den Ministerpräsidenten des  
Freistaates Sachsen übergegangen. Somit wird Minister-  
präsident Dr. Grabmayer befähigt zum ersten Male über  
Leben und Tod zu entscheiden haben. Selbstverständlich  
steht auch er auf dem Boden der Sozialdemokratie und wird  
die Todesstrafe in Freistaatsrechte verwandeln. Eine end-  
gültige Regelung steht erst dann zu erwarten, wenn das  
Reich auch das Strafrecht nach sozialdemokratischen Grun-  
dlagen umgestalten wird.

— **GR. Veränderung des Konfirmanden-**  
**unterrichts in Sachsen.** Im Hinblick auf die Ein-  
stellung des Katholizismusunterrichts in den Volksschulen hat  
das Dresdner Landeskonsistorium in einer Verordnung,  
die in den nächsten Tagen ausgegeben werden wird, ange-  
ordnet, dass der Konfirmandenunterricht in diesem Jahr  
bereits Mitte Mai (nach dem Sonntag "Pfingst") beginnen  
soll. Diese Veränderung des Unterrichts, die für die  
Gemeinden eine starke Belastung bedeutet, ist in an-  
deren Landestümern Deutschlands bereits seit langem ein-  
geführt. Sie soll, wie die lutherische Ausbildungsfürst mitteilt,  
einer grundlegenden Neuregelung der Dauer und  
Beschaffung des Konfirmandenunterrichts durch spätere Be-  
stimmungen nicht vorgreifen.

— **Dem Verband der landwirtschaftlichen**  
**Gesellschaften Dresden** gehören gegenwärtig  
mehr als 800 landwirtschaftliche Genossenschaften mit etwa  
40000 Mitgliedern aus allen Kreisen der sächsischen Land-  
wirtschaft an. Im letzten Vierteljahr 1919 kann es über  
eine außerordentliche rege geförderte Tätigkeit berichtet  
werden. In den Genossenschaften herrscht allenfalls ein reger,  
arbeitstüchtiger Geist. Überhaupt hat im ganzen Lande  
das Geschäft für das Genossenschaftswesen gute Fort-  
schritte gemacht und überall zeigt sich das Bestreben, mit  
seiner Hilfe die landwirtschaftliche Erzeugung nach allen  
Richtungen zu steigern. Seit Ende Januar d. J. sind  
nicht weniger als 12 neue landwirtschaftliche Genossen-  
schaften der peripheren Kreise entstanden, weitere Neu-  
erstellungen sind in Vorbereitung. Die Verbandsleitung  
ist nach Kräften bemüht, die Befriedungen der Genossen-  
schaften auch ihrerseits durch geeignete organisatorische Ein-  
richtungen bestens zu unterstützen und das beispielswise  
Vorlehrungen getrieben, das für die allgemeine Landes-  
kultur besonders bedeutungsvolle Versuchsanstalt der Lebens-  
verbesserung mit dem Siedlungsstrengstoff Komposit durch  
Vermittlung der Genossenschaften allgemeiner zur Einrich-  
tung in die landwirtschaftliche Praxis zu bringen. Außer-  
dem soll in Zukunft der Betriebsvereinigung der Lebens-  
verbesserung in ihren verschiedenen Zweigen mit Rücksicht  
auf ihre ungemein große volkswirtschaftliche Bedeutung  
erhöhte Aufmerksamkeit zugeschaut werden. Von dem in  
der Pfingstwoche stattfindenden Verbandsstage werden be-  
sonders wichtige Schritte zu fassen sein, da die Neu-  
ordnung des Verbandssekretors an Stelle des aus Gesund-  
heitsschädlichen zurücktretenden, dieses Amt soll Gründung  
des Verbandes bestellenden Vorstandes, Geb. Dr. H. K. K.,  
sowie zeitgemäße Erhabungsänderungen auf der Tagessitzung  
stehen.

— **Eine zusammenfassende Darstellung**  
**der Ernährungsschwierigkeiten Sachsen**  
während des Krieges und der wichtigsten zu ihrer Über-  
windung getroffenen Maßnahmen wurde bisher vermit-  
telt hat der Wirtschaftsminister Schwarz einevoie Pfeile  
gegenüber Berichterstattung. Vorhalt wurde ihm  
für die Waffenstillstandsmission in Spaa, um dort eine  
nachdrückliche Vertretung der sächsischen Interessen zu er-  
möglichen. Die Deutschen ist überdrückt: „Die Er-  
nährungslage des Freistaates Sachsen im März 1919.“  
Sie wurde in begrenzter Stückzahl gedruckt. Obgleich sind  
den Mitgliedern der Volkskammer, den Kommunalverbänden  
und den Mitgliedern des Preisoberrates beim Landesversammlungs-  
mittelamt überreicht worden. Es ist erwünscht, daß im  
gedruckten und gelieferten Wort die Kenntnis des in  
der Deutschen mitgeteilten Sachsen in der Bevölkerung  
verbreitet wird, um das Verständnis für unsere Lage in  
allen Kreisen des sächsischen Volkes zu vertiefen.

— **GR. Evangelisch-lutherische Landes-**  
**synode.** Nebst die Bedeutung der Landeskirche, welche  
am 10. Mai zusammengetreten ist, schreibt das „Sächsische  
Kirchenblatt“: „Swar liegt es so, dass die kommende Synode  
im wesentlichen nur einen Übergangsscharakter tragen soll,  
indem sie durch eine Rendition des Kirchentheaters einer neuen,  
auf breiterer Grundlage gewaltsamen Vertreibung den Weg  
bahnt. Diese Rendition des Kirchentheaters dürfte ihr nicht  
nur auf die vorhin erwähnte Einführung einer sogenannten  
direkten Wahl beziehen. Es ist vielmehr auch kein Zweifel,  
dass auch die freien Kirchentheater das aktive und passive Wahl-  
recht erhalten werden. Am übrigen dürfte der Rückbau der  
Kirchentheater wohl zunächst auch noch den Verfassungsbau-  
raum befrachten, der am vorigen Montag in einer gemeinsa-  
men Sitzung des sächsischen Landeskonsistoriums mit dem könig-  
lichen Generalausschuss, einem Wunsche des Kirchentheaters ent-  
sprechend, gebildet worden ist und der gemeinsam mit dem  
Konsistorium und unter dessen Leitung die Fragen der Ren-  
nung von Kirche und Staat zu bearbeiten und den künftigen  
Ruhm der Verfassung vorzubereiten hat. Zu seinen Mit-  
gliedern gehören unter den 9 Mitgliedern des Runden  
Generalausschusses und den 4 bestellt am 25. November 1918  
eingewählten Sonoden noch 6 weitere Mitglieder des  
Kirchentheaters. — Nicht ausgeschlossen erscheint es freilich, dass  
die neu überführbaren Ereignisse der Synode noch weitere  
Auswirkungen auf allen Dingen in der Frage des  
Religionssunterrichts, die HQ immer mehr aufzeigt.

— **Neuerbung der Gemeindeverwal-**  
**tungen.** Nachdem die Regierung bei der Volkskammer  
einen Beschlussentwurf über die Wahlzeit zur Gemeindeverwal-  
tung eingeholt hat, wird von Seite im Minnelli-  
um des Innern mitgeteilt, dass die Regierung nunmehr mit  
Fragen der allgemeinen Neuerbung der Gemeindeverwal-  
tungen beschäftigt ist. Auch arbeitet die Regierung be-  
reits an einem Gesetz über die Neuerbung für die Be-  
zirk- und Kreisverwaltungen und über ein neues Wahl-  
recht für die Bezirkshauptstellen und Gemeindeverwaltungen, wie  
sie bei der vorliegenden Sitzung von der Volkskammer an-  
genommene Entschließung fordert.

— **Wahlunterricht und Wahlvorausset-**  
**zungen.** Das Finanzministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach Wahlunterrichte im Sinne des Wahlvoraussetzungsgesetzes vom  
26. April 1919 nur infolge geltig ist, als es sich um Gewahrsam-  
unterricht für Kinder einer einzelnen Familie handelt. Das

Ergebnis soll zur Familie jüngster Kinder an solchem  
Unterricht führen, so der Genehmigung der obersten Schul-  
behörde. Unterhaltsverhandlungen für Schüler, die sich  
seinen Gewahrsam unterstellen und zeitigen Verzerrungen und  
Schwierigkeiten nicht zum Nachteil der eingeschlossenen Volksschule  
einen, müssen den geistlichen Mitarbeitern für Volksschule  
erlaubt werden, wenn diese als solche beteiligt sind.  
Die mit Genehmigung der obersten Schulbehörde erzielten  
Voraussetzungen sind auf keinen Fall weiter zu erfordern. Die Bildung neuer  
Platzes an diesen Kapiteln ist unzu-  
lässig.

— **Dresden.** Im benachbarten Reichenbach wurde gekenn-  
zeichnet von Schülern der Sekundar- einer erwähnten  
mindestens sechs aus der Höhe stieg, der in Sachsen-  
land eingeführt war. Der Tope, der etwa 25 bis 30 Jahre  
alt ist und nur kurz Zeit im Wasser gelegen hat, ist allem  
Anschein nach einem kleinen Menschen zum Opfer ge-  
fallen, da der Kopf und beide Unterarme vom Körper  
völlig abgetrennt waren und auch die Brust und beide Arme  
abgeschnitten aufwiesen. Der Kadaver wurde nach der Frei-  
heitserklärung gefunden.

— **Witten.** Nach dem Willen der Bevölkerung nahm eine am  
Freitag nachmittags im Volkshaus von Arbeitern und Soldaten  
eine Landesverbandsversammlung statt unter Beteiligung des Volks-  
ausschusses für eine Einigung des Volksstaates ein. Nachdem Rücksicht  
auf die Sicherheit eingezogenen war, ergingen ein anderer Me-  
der in Beleidigungen des Fremden und der Wider-  
seiterschaften. Als sie letztere verteidigen wollten, wurden  
sie niedergeschlagen, sodass der Versammlungsleiter Kirschhoff  
und Dresden die Versammlung nicht zu Ende führen konnte.  
Um einer darauf von Rücksicht eingerufenen Versammlung zu  
widerstehen, wurde eine Materialausbildung und sofortigen Antritt an Russland und Ungarn vorbereitet.  
— **Schnaittach.** Ein Verbündeter ist hier in Verfolgung  
des Mordes auf der Hochwachtloipe aufgebrochen worden.  
Der Mörder war der Mörder der Hochwachtloipe, der  
Solbad heißt. Gest wurden weitere Verhaftungen vor-  
genommen, u. a. konnte der Hausschultheiße aus Schnaittach  
ausgenommen werden, der in der Schönheitswelt eine Kollekte mit 4000 Mark Inhalt gestohlen  
hatte. Die Bande machte durch Einbrüche, Erpressungen und  
Ueberfälle in den letzten Wochen die Gegend unruhig.  
Auch der Überfall auf den Kaufmann Althoff wird ihr  
zur Last gelegt.

— **Witten.** Der gemeinsame Landtag für den Volksstaat  
Neukirchen und die Verantwortung des Rücksichts in der Weise  
abgeschlossen, doch ein Landesarbeiterrat in der Verfassung fest-  
gelegt wird. Die demokratische Partei stimmte nur in die  
Voraussetzung zu, dass die Verfassung eine vorläufige sei,  
und in der Erwartung, dass die sozialistische Mehrheit im Inter-  
esse der Gerechtigkeit und Gleichheit auch den zu wählen-  
den Landesbürgerrat mit in die Verfassung verantreten werde.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 7. April 1919.

### Zur Abschaffung der Mäzenatenship in Bohemia.

— **München.** Ein Erlass des Ministerpräsidenten  
Hoffmann erklärt, dass die Regierung Böhmen nicht zurück-  
getreten ist, sondern weiter die einzige Inhaberin der höchsten  
Macht ist und ihren Sitz von München verlegt. Die Stadt  
München hat sich der Mäzenatenship angegeschlossen.

— **München.** Die Korrespondenz Hoffmann meldet  
amtlich: Der Zentralrat der Mäzenatenship hat be-  
stimmt, dass die Schule und Universität nach bestehenden  
Vorschriften baldigst neu gewählt werden, dass eine Neuwahl der  
Volksräte gleichzeitig erfolgt und dass im Anschluss daran  
unverzüglich der Rücktritt einberufen wird. Wahlergebnis und  
Wahlordnung werden schriftlich veröffentlicht.

— **Berlin.** Auf dem Rücktrittstag wird die Reichs-  
regierung durch die drei zuständigen Minister, dem  
Reichslandesminister Bauer, dem Minister des Reichswirt-  
schaftsminister Scheffel und dem Minister des Reichsregierung-  
srates Robert Schmidt, vereidigt sein.

— **Der Polenstrandspur quer durch Deutschland.**

— **Paris.** Nach einer Papas-Wiedlung aus Toscana wer-  
den die Truppen in Generals-Haller auf der Eisenbahn-  
linie Coblenz-Wiehl-Kassel-Halle-Eisenburg-Kott-  
bus-Ost-Berlin-Lausitz sowie über Siegen und Königswinter nach  
Polen übertragen können. Außer dem Hauptabkommen  
wurde ein Sonderabkommen unterzeichnet, welches die tech-  
nischen Transportaufgaben und die Art und Weise der  
Bezahlung des Transportes regelt.

— **Hannover.** Nach der Lebensmittelabteilungen ein.

— **Paris.** (Meister.) Nach George sagte in einem  
Pressegespräch: Er schlägt sich Vichys Ansatz an, dass der  
Friedensvertrag zu Obern fertig sein werde, Ende April  
oder Anfang Mai würden die Alliierten in der Lage sein, die  
deutschen Delegierten zur Unterzeichnung des Friedensver-  
trages einzuladen.

— **London.** George über den Friedensvertrag.

— **Paris.** (Meister.) Nach George folgte in einem  
Pressegespräch: Er schlägt sich Vichys Ansatz an, dass der  
Friedensvertrag zu Obern fertig sein werde, Ende April  
oder Anfang Mai würden die Alliierten in der Lage sein, die  
deutschen Delegierten zur Unterzeichnung des Friedensver-  
trages einzuladen.

— **Rundschau über den Friedensvertrag.**

— **Paris.** (Meister.) Nach George folgte in einem  
Pressegespräch: Er schlägt sich Vichys Ansatz an, dass der  
Friedensvertrag zu Obern fertig sein werde, Ende April  
oder Anfang Mai würden die Alliierten in der Lage sein, die  
deutschen Delegierten zur Unterzeichnung des Friedensver-  
trages einzuladen.

— **Rundschau über den Friedensvertrag.**

— **Paris.** (Meister.) Im Range einer für Toulon ver-  
einbarten Kundgebung hatte eine Gruppe von Demo-  
nstranten trotz der bestehenden Sowjetregierung vorlie-  
gende Fähre entzweit. Die Polizei musste einschreiten. 4 bis  
50000 wurden verletzt. Verhaftungen wurden nicht  
vorgenommen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

— **Reichskonferenz der Eisenbahnarbeiter-**  
**träge.** In der Eröffnungssitzung der Reichskonferenz deutscher  
Eisenbahnarbeiterträge in Frankfurt a. M. wurde von ein-  
zelnen Rednern die Vereinbarung aller Unionenstrans-  
porte auf der Eisenbahn gefordert, wogen von Re-  
präsentanten aus Bayern und den östlichen Provinzen erhoben  
wurde. Der vorliegende Kontrakt wurde mit  
der Eisenbahn weiterer Sozietät beauftragt. Angenom-  
men wurde der Antrag auf Anerkennung des 1. Mai als  
Feiertag einer Ordnung. An diesem Tage soll mög-  
lichst nur Eisenbahnerarbeiter arbeiten. An den ostdeutschen  
Eisenbahnertragen in Berlin sowie an die Schlesischen  
und Westpreußischen Eisenbahnen wurden Vergütungsstei-  
gungen gefordert. In einer Vorlage über die Eisenbahnträge  
wurde von alle Kontrollen auf allen Verwaltungsdiensten und  
die zivile Überführung der gekommenen Ver-  
sorgung in die Hand setzt durch die Arbeitschaft geschafft  
werden. Am 28. April wird in Berlin eine nordeastl. Eisenbahnkonferenz stattfinden.

— **Der Verfassungsausschuss der National-**  
**versammlung hat mit großer Mehrheit eine Wahl-**  
**periode von drei Jahren beschlossen, und ferner einen  
Wahltag fest angenommen, das vor Abtau der Wahlbauer-**

neumahlen gestanden müssten. Artikel 45 des Entwurfs  
wurde in folgender Fassung angenommen: Der Reichstag  
verlängert ist jedes Jahr am ersten Mittwoch des Monats  
am Ende der Sitz der Reichsregierung. Das Präsident  
des Reichstages muss ihn früher einberufen, wenn der  
Reichspräsident oder ein Drittel der Reichstagsmitglieder  
verlangt.

— **Die Nationalversammlung trifft am 4. dieses**  
**Monats nächstmittags Sitz wieder zu einer Sitzung zu-**  
**mammen. Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung**  
**des Reichsverfassungsgesetzes.**

— **Höchstpreise für Kohlen.** Amtlich wird aus  
Berlin gemeldet: Der Reichswirtschaftsminister hat Höchst-  
preise für Kohlen festgesetzt, um die vom Rheinisch-West-  
fälischen Kohlenkonsortium beschlossene Kohlenpreisbindung  
unmöglich zu machen. Die festgelegten Höchstpreise ent-  
sprechen den am 31. März 1919 in Bellinzona vereinbarten  
Verkaufspreisen des Konsortiums und gelten vom 1. April 1919  
ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten  
Tagen erlassen.

— **Eltern und Lehrer.** Aus Darmstadt wird ge-  
meldet: Eltern lohnen auf uns der ungeheure materielle  
Druck der gegenwärtigen Notlage. Trotzdem dürfen wir  
die üblichen Aufgaben nicht vergessen. Nur wir genöhr-  
ten die Rettung aus dem Abgrund. Vor allem müssen  
durch die Erziehung die littligen und geistigen Kräfte  
wieder erweckt werden, ohne welche die neuen wirtschaft-  
lichen und politischen Institutionen genau so dem Zusammen-  
bruch verfallen werden, wie die alten. Die Auf-  
gabe ist aber so schwer, dass alle Kräfte gesammelt werden  
müssen, die nur irgendwie helfen können. Es muss  
Haus und Schule und Kirche für die zu lösende Aufgabe  
aufgerichtet werden. Es muss alles höhere Leben geachtet  
und ausgenutzt werden, das da ist, einerseits in vielen Formen  
des religiösen Gottes, oder in welchen Formen der  
Weltanschauung es lebt. Dem Materialismus des Zei-  
tgeistes gegenüber, der ja leider durch die höheren Umstände und  
allen mehr oder weniger aufgebrachte Ausgewanderte wird, muss ein  
Idealismus gerecht werden, was sich retten lässt. Die  
heilige Schulbehörde rüstet zu diesem Zweck Lehrer und  
Eltern in Schulbezirken für die einzelnen Gemeinden und  
für das ganze Land auszuladen. Es soll sich daraus eine  
ständige Einrichtung entwickeln, die ein besteres Hand-  
werk verhindern kann. Es soll sich daraus eine  
Gesellschaft der Eltern und Lehrer ausbilden, um deren  
Gesamtart genauer bearbeiten und individuell behandeln  
zu können.

#### Frankreich.

— **Ablösung der Arbeitsschule.** Dem „Telegrafo“ zufolge hat  
der französische Minister für den Wiederaufbau im Auftrag  
Clementeaus mit den Vertretern der Arbeitgeber und Ar-  
beitnehmer eine Sitzung abgehalten, in der über den abzuhängenden  
Arbeitszeitberatung beraten wurde. Hieraus hat die Regierung  
sofort einen Gesetzentwurf eingereicht, in dem das  
Prinzip des abzuhängenden Arbeitszeitberates angenommen  
wird, der jedoch Ausnahmen für verschiedene Betriebe  
vor sieht.

#### Gürtelstaat.

— **Der Rückzug in Sachsen-Anhalt.** Nach dem Telegrafo  
meldet die Times aus Sachsen-Anhalt: Die Streikenden haben  
die Kontrolle über die öffentlichen Dienste seit in die Hand  
genommen und einen eigenen Staat eingerichtet. Sie erklären,  
dass sie die Einrichtung beibehalten werden, bis der Ge-  
meinderat ihren Wunsch nach Einschaltung eines gemischten  
Rates aus Gemeinderäten und Arbeitern bewilligt hat.

#### Vermischtes.

— **Einheitsregierung.** Eine interessante Beobachtung  
wird der Monatsschrift „Unsere Welt“ von einem Peter  
mitgeteilt. Über Gleichen und die nähere Umgebung der  
Stadt ging am 8. April 1916 ein „Schwefelzug“ nieder,  
nach dem die Oberfläche der sich bildenden Wetterdünnen  
mit einer gelben Farbe bedekt war; als das Wasser später  
verstärkt wurde, blieb eine gelbe Kruste zurück, die auch noch an  
den folgenden Tagen trockener und gelblich verfärbt war, obgleich es also um eine gewöhnliche deutsc  
hische Schwefelwasser herging. Der Be-  
obachter sucht die Erklärung für diese Naturerscheinung,  
dass Blütenstaub des gerade blühenden, in der Gegend  
viel angebauten Käfers durch Wetterläufern oder Wirbel-  
stürme in die Höhe gehoben und vom Winde weggetragen  
wurden. Die Streifelung der Bevölkerung nimmt  
dem gegenüber an, dass der Schwefelzug keine Entfernung  
der Blüten der Käfer und Blätter verursacht, die als Wind-  
blätter ganz außerordentliche Mengen trockenen Blüten-  
staub erzeugen.

#### Spanien.

— **Guipúll. Am gestrigen Sonntag trafen sich auf dem**<br